

Entschließungsantrag
der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

zum Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksachen 12/1281, 12/1558, 12/1559 –

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Zahl der Beamten im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung an die Verringerung der Streitkräfte (Bundeswehrbeamtenanpassungsgesetz – BwBAnpG)

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Anpassung der Zahl der Beamten im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung an die Verringerung der Streitkräfte (Bundeswehrbeamtenanpassungsgesetz – BwBAnpG) wird die Bundesregierung bis Ende Februar 1992 um Prüfung, welche Anreize für Beamte aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung für den Zeitraum vom 1. Januar 1992 bis zum 31. Dezember 1997 geschaffen werden können, um diesen Personenkreis für einen Wechsel in andere Verwaltungsbereiche zu gewinnen, und um Vorlage entsprechender Gesetzesvorschläge gebeten. Soweit das Maßnahmenpaket der Bundesregierung zum Auf- und Ausbau der öffentlichen Verwaltung und der Justiz in den neuen Bundesländern vom 8. April 1991 – Drucksache 12/347 – anzuwenden ist, hat dieses Vorrang.

Zu denken ist z. B. an

- einen Ausgleich für besondere Bedingungen der anderweitigen Tätigkeit,
- reise- und umzugskostenrechtliche Ausgleichsmaßnahmen,
- Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen.

Der Deutsche Bundestag erwartet, daß sich die Verwaltungen mit Personalbedarf um die anderweitige Beschäftigung des betreffenden Personenkreises nachhaltig bemühen.

Bonn, den 12. November 1991

Dr. Alfred Dregger, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion